

# Brutalisierung und Widerstand - Das Grenzregime unterlaufen

Benedikt Kern, Institut für Theologie und Politik/Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche NRW

02. Dez. 2022

Im laufenden Jahr sind laut offiziellen Zahlen bereits 1.711 Schutzsuchende auf ihrer Flucht nach Europa ums Leben gekommen. Das ist erschütternd – allerdings kaum noch eine Schlagzeile wert. Stattdessen äußerte sich SPD-Innenministerin Nancy Faeser sich folgendermaßen: „Wir sind gemeinsam in der Verantwortung, illegale Einreisen zu stoppen, damit wir weiter den Menschen helfen können, die dringend unsere Unterstützung brauchen.“ Abgesehen davon, dass sich dieser Jargon nur unwesentlich vom dem der AfD unterscheidet, ist Faesers Forderung nach einem Stopp der »illegalen Migration« auch eine unappetitliche Weisen die Solidarität mit Ukrainer\*innen gegen die Abwehr von Schutzsuchenden aus

anderen Herkunftsregionen auszuspielen. Diese Stimmungsmache bleibt gesellschaftlich nicht ohne Folgen, nämlich der stillschweigenden Kenntnismache der zunehmenden Brutalisierung an den Außengrenzen Europas und der kaum irritierenden rassistischer Gewalt zu der ist in den letzten Jahren in Deutschland immer wieder auch gekommen ist, wie beispielsweise mit dem Anschlag in Halle oder die Ermordung von MigrantInnen am 19. Februar 2020 in Hanau.

An den Außengrenzen findet seit Jahren eine Militarisierung des Grenzschutzes statt, mit der Folge, dass die Einreise nach Europa – die natürlich illegalisiert wird – immer lebensgefährlicher wird.

Ein völlig neues Ausmaß haben in diesem Zusammenhang die Ereignisse vom 24. Juni 2022 an der spanisch-marokkanischen Grenze in Melilla gezeigt, wo es mindestens 23 Tote gab aufgrund von Polizeigewalt und bis heute dutzende vermisst sind (vgl. Spiegel, 30.11.2022: <https://www.spiegel.de/ausland/fluechtlinge-in-melilla-was-am-grenzzaun-wirklich-geschah-die-rekonstruktion-a-3c5e7ffa-6035-4a1f-bdc8-c2e1a92d90d3>). Aber auch die Berichte über massive Polizeirepression an der polnisch-belarussischen Grenze, in Kroatien und Bulgarien, völkerrechtswidrige Pushbacks und willkürliche Inhaftierungen sind alarmierend. Sie zeigen das tatsächliche Gesicht einer chauvinistischen EU, die nicht davor zurückschreckt, systematisch und politisch gewollt gegen ihre eigenen Menschenrechtsstandards zu verstoßen.

„So zählte die bulgarische Menschenrechtsorganisation Bulgarian Helsinki Committee im Jahr 2021 genau 2.513 Pushback-Operationen durch die bulgarischen Behörden. Human Rights Watch berichtet von unmenschlicher Behandlung und extremer Polizeibrutalität gegen Schutzsuchende.

Und in Griechenland werden seit März 2020 Pushbacks in einer bisher ungekannten Systematik durch-

geführt. Unterstützung erfährt Griechenland dabei auch von der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Immer wieder kommt es aufgrund von Pushback-Operationen und unterlassener Hilfeleistung durch die griechischen Behörden zu Todesfällen von Schutzsuchenden.“ (<https://www.proasyl.de/news/>)

Neben dieser alltäglichen Brutalisierung findet aber auch ein aktiver Abbau des europäischen Asylsystems statt. Hierzu wird derzeit die sogenannte Instrumentalisierungs- und Screeningverordnung in den EU-Institutionen diskutiert. Demnach sollen Geflüchtete massiv entrechtet werden. „Damit werden der Zugang zum Recht auf Asyl und das Rechtsstaatlichkeitsprinzip in Europa insgesamt zur Disposition gestellt.“ (<https://www.proasyl.de/news/>)

Wer es über die hohen Mauern Europas bis nach Deutschland schafft, findet auch hier oftmals inhumane Zustände vor. In NRW werden alle Asylantragstellenden zunächst in Zentralen Unterbringungseinrichtungen untergebracht, wo Kinder keinen Zugang zu Schulen haben, die medizinische Versorgung eingeschränkt sind, es keine Privatsphäre gibt und vulnerable Personen nicht ausreichend geschützt werden. Die neue Landesregierung wollte Schritte gegen die Lagerunterbrin-

gung einleiten – bisher ist nichts passiert, ganz im Gegenteil: Die Menschen verbleiben oft sehr lange in den Lagern. Von dort aus werden auch sehr effektiv durch die Zentralen Ausländerbehörden der fünf NRW-Regierungsbezirke die Abschiebungen in Dublin-Verfahren oder in Herkunftsländer organisiert. Aus NRW gab es in 2021 allein 2.903 Abschiebungen (mehr als doppelt so viele wie aus Bayern oder Baden-Württemberg: <https://www.fnrw.de/themen-a-z/abschiebung-ausreise/abschiebungen/abschiebungen-und-ausreisen-2021.html>). Die meisten über den Flughafen Düsseldorf, wo derzeit der Bau eines neuen Ausreisegewahrsams in Planung ist. Dieser hohe „Abschiebungserfolg“ der Behörden in NRW ist vor allem auf die hier reibungslos stattfindende Organisation der Abläufe zurückzuführen. Das ist äußerst erschreckend. Abgesehen von einem derzeitigen Erlass zur Einstellung von Abschiebungen in den Iran, hat die aus Münster stammende zuständige Ministerin, Josefine Paul, bisher keinerlei Anstrengungen unternommen, Abschiebungen aus NRW zu reduzieren.

Das von uns mitgetragene Projekt Abschiebungsreporting NRW des Kölner Grundrechtskomitees hat in den letzten Monaten gravierende psychische und physische Gewaltanwendungen in NRW dokumen-

tiert (<https://www.abschiebungsreporting.de/>). Für Schlagzeilen konnte das Abschiebungsreporting NRW hier in der Region sorgen angesichts der drohenden Abschiebung eines Folteropfers nach Sri Lanka aus dem Kreis Steinfurt, was in letzter Minute aufgrund des politischen Drucks gestoppt werden konnte.

#### Chancenaufenthaltsrecht

Das Panorama der Brutalisierung könnten wir noch weiter fassen und auch die Ausstellung „Grenzerfahrungen“ zeigt auf, wie gravierend die Situation in Europa aber auch in der ganzen Welt für Menschen ist, die freiwillig oder gezwungen ihren Lebensort verlassen und es angesichts der Klimakrise in Zukunft noch viel stärker werden tun müssen.

Zentral erscheint mir aber uns in dieser Situation die Frage nach den Ursachen von Flucht und Migration aber auch dem Umgang hierzulande innerhalb der Festung zu stellen. Nur so können Rechte, wie für eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit, erkämpft und Solidarität organisiert werden.

Ich stütze mich dabei vor allem auf die Untersuchungen des Migrationswissenschaftlers Fabian Georgi, der gegenwärtig mit seiner Methode einer materialistischen

Grenzregimeanalyse zu äußerst interessanten und analytisch weitreichenden Erkenntnissen kommt (siehe Literaturangaben am Ende).

Georgis Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass Migration, deren Kontrolle und der Umgang mit Geflüchteten ein gesellschaftlich umkämpftes Feld: Hier treffen Interessen aufeinander. In den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gibt es nicht nur Konflikte zwischen konservativen, neoliberalen, linksliberalen und emanzipatorischen Kräften, sondern auch unter den unterschiedlichen Kapitalfraktionen, die der Motor unserer bürgerlichen Gesellschaft sind. Sie ringen beispielsweise darum, wie Arbeitskraftprobleme gelöst werden können (z.B. das Gastarbeiterregime der Nachkriegszeit).

Das neoliberale Projekt des Migrationsmanagements entstand in den 1990er Jahren und wurde um die Jahrtausendwende hegemonial. Es bestand in dem Versuch, unerwünschte Mobilität derart strikt zu kontrollieren, dass die migrationsfeindlichen Bevölkerungsmehrheiten im globalen Norden eine flexible Einwanderung „ökonomisch nützlicher“ Arbeitskräfte akzeptieren würden. Die Kernelemente dieses Kompromisses zwischen neoliberalen und national-konservativen Kräften sind weiterhin intakt, ihre

interne Gewichtung hat sich jedoch verschoben. Seit 2000 steht das Migrationsmanagement unter neoliberaler Regie. Migration ist willkommen, solange sie nützlich ist. Wenn sie nicht ökonomisch nutzbar ist, muss sie mit harter Repression und Abschottung eingedämmt werden. Neoliberale Kräfte stimmen der Abschottung zu, damit konservative und national-chauvinistische Kräfte selektive hierarchisierte Ausbeutung nicht blockieren. Das wirkt.

MigrantInnen sind oftmals überausgebeutete Arbeitskräfte, da sie Entrechtung und Diskriminierung besonders unterworfen sind. Nur hierdurch kann die Überausbeutung ermöglicht werden.

Wir wissen, im Kapitalismus ist nach Marx auf dem Markt verkaufte Arbeit immer ausgebeutete Arbeit – der Lohn der Arbeit ist immer lediglich so hoch, dass man davon leben, das Leben reproduzieren kann. Überausbeutung besteht dann, wenn Löhne das Überleben, also die Reproduktion nicht sichern können. Menschen können davon nicht leben. Das wird in Südeuropa in der Landwirtschaft, hierzulande in Schlachthöfen und der Logistikbranche, flächendeckend praktiziert – das geht, wenn das Bleiberecht eines Migranten davon abhängt, ob er oder sie einer solchen Arbeit nachgeht oder eben nicht. Eine Ver-

weigerung dieser Überausbeutung, die anderen Bevölkerungsgruppen teilweise möglich ist, ist dann unmöglich, weil MigrantInnen ökonomisch und juristisch unter starkem Druck stehen.

Zugleich gibt es die kuriose Umkehrung, dass Handwerks-, Industrie- und Handelskammern und Arbeitgeberverbände für Flüchtlingshilfeorganisationen und Lobby-NGOs zu notwendigen Allianzpartnern werden: Sie unterstützen geflüchtete Menschen, um sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. So gab es in den letzten zwei Jahrzehnten zahlreiche Ausbildungs-Förderprogramme für MigrantInnen z.B. in sogenannten Mangelberufen.

Trotz dieser organisierten Entrechtung gab es zugleich auch immer wieder Lockerungsversuche, wie im Frühjahr 2020 die vorgeschlagene Vereinfachung des Arbeitsmarktzugangs von Geflüchteten während des Lockdowns für die Spargelernte aufgrund mangelnder billiger EU-Arbeitskräfte aus Osteuropa.

Die bundesdeutsche Ampelregierung diskutiert jetzt Lockerungen, was in erster Linie die Fachkräfteeinwanderung betrifft sowie eine Erleichterung des Zugangs zu Ausbildungsperspektiven und dem damit verbundenen Bleiberecht (Stichwort: das derzeit

diskutierte Chancenaufenthaltsrecht, was 135.000 Menschen mit Kettenduldung eine Perspektive eröffnen könnte). Solche begrenzte Liberalisierungen im Sinne der Kapitalverwertung stehen aber unter der Dominanz des europäischen Festungskapitalismus (Georgi).

So hat Annalena Baerbock im Wahlkampf 2021 deutlich gemacht: eine offenerherzige Aufnahme von Geflüchteten und MigrantInnen muss auch einhergehen mit der anderen Seite der Medaille, die heißt: Abschiebungen von denjenigen, die kein Bleiberecht bekommen.

Entscheidend ist, dass sich sowohl neoliberale, wie auch nationalchauvinistische Kräfte auf eine „tiefe Hegemonie der Grenze“ stützen können, deren Kern 2016 von der damaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry so formuliert wurde: „Ein deutscher Bürger, der qua Staatsbürgerschaft natürlich auch das Recht erworben hat, in diesem Staat durch das Sozialsystem geschützt zu werden, ist nicht gleich zu stellen mit einem Migranten, der erstmal kein Recht auf Aufnahme in diesem Land besitzt.“ Die von Petry geforderte Unterscheidung von StaatsbürgerInnen und AusländerInnen wird im Grundsatz von allen gesellschaftlichen Kräften, außer der radikalen Linken, geteilt. „Im Prinzip“, so Petry, „weiß das

jeder Bürger, der halbwegs normal denken kann.“

Die Stärke der Welle migrationspolitischer Restriktion in den letzten 7 Jahren speist sich somit aus dem, teils unbewussten, Wissen eines Großteils der Bevölkerungen in EU aber z.B. auch den USA, dass Grenzregime die bürgerliche Ordnung absichern.

Fabian Georgi stellt deshalb die These auf: Die gegenwärtige Welle migrationspolitischer Repression ist Teil einer Reihe von „Sicherheitsprojekten“, welche auf einen „autoritären Festungskapitalismus“ hinauslaufen. Während die Mehrheit der Weltbevölkerung im Elend lebt, existieren territorial wie sozial erodierende Inseln relativen Wohlstands, deren Stabilität durch Polizei, Militär und Grenzschutz festungsgleich und zunehmend autoritär nach innen und außen abgesichert wird.

Der Einfluss rassistischer Kräfte kann dazu führen, dass sich diese Abschottungspolitiken durchsetzen, die aus der Perspektive mancher Kapitalfraktionen ökonomisch dysfunktional sind. Den Konjunkturen des Rassismus kommt also eine zentrale Bedeutung für die Erklärung migrationspolitischer Restriktionen zu. Deren Dynamiken lassen sich nicht aus den Strukturen

oder den historischen Prozessen des Kapitalverhältnisses ableiten, da sie diesen in ihrer Dysfunktionalität widersprechen können.

Fabian Georgi vertritt deshalb die Position, dass sich migrationsfeindliche Mobilisierungen auch aus einem nationalen Chauvinismus speisen, der unter den Bedingungen einer in Nationalstaaten gespaltenen, kapitalistischen Weltwirtschaft notwendig entsteht.

Die Regulierung von ökonomischen Krisen und sozialen (Klassen-) Konflikten können laut Georgi nur dann erfolgreich sein, wenn es den dominanten Kapitalfraktionen bzw. dem sich im Staat verdichtenden 'Machtblock' gelingt, einen spezifischen Modus von Herrschaft zu etablieren.

Mit Hilfe von Étienne Balibars Begriff des 'national-sozialen Staates' lässt sich dies nachvollziehbar machen: die Länder des globalen Nordens haben sich seit Ende des 19. Jahrhunderts und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg in umkämpften Prozessen zu 'national-sozialen Staaten' gewandelt, die Sozialpolitik und Nationalismus mit dem Effekt kombinierten, die explosiven Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung zu regulieren. Die Bevölkerung in den Industrieländern des globalen Nor-

dens wurde zunehmend von 'ihren' national-sozialen Staaten abhängig. Die Folge dieser Abhängigkeit lässt sich nach Georgi als 'nationale Formbestimmung des Politischen' bezeichnen: Die Bevölkerungen des Nordens waren mehr und mehr gezwungen, nahezu alle sozialen und politischen Strategien auf ihre nationalen Staaten zu richten und die Geltung ihrer Forderungen weitgehend auf deren nationale Territorien und StaatsbürgerInnen zu beschränken.

National-soziale Wohlfahrtsstaaten sind somit grundlegend darauf angewiesen, die Bedingungen ihrer Existenz durch gewaltsame Ausgrenzung der Nicht-Zugehörigen zu sichern und den Zugang zu ihren Territorien und sozialen Rechten zu hierarchisieren.

Georgi unterstreicht, dass sich dieser Ausgrenzungsimperativ, der durch im Kolonialismus entstandene rassistische Muster gestützt und vermittelt wird, zu einem gewissen Grad notwendig in einem nationalen Chauvinismus ausdrückt, der in Migrations- und Grenzregimen institutionell realisiert wird und sich dabei mit rassistischen Verhältnissen verbindet, die eigenständig Dynamiken folgen. Wenn der national-soziale Staat sich in einer Krise befindet, was wir heute definitiv so ausmachen können, dann

verstärken sich diese Mechanismen des Ausgrenzungsimperativs in den schrumpfenden globalen Wohlstandszonen der Ordnung gegenüber den Zonen der Unordnung.

Zugleich wird ein Festungskapitalismus immer schwieriger durchzusetzen sein angesichts der Vielfachkrise im Globalen Süden. Die Autonomie der Migration wird nicht hundertprozentig unterdrückbar sein von den Herrschenden. Wenn die Welt immer weiter brennt, wird sich niemand mehr aufhalten lassen. Das ist keine schöne Aussicht.

Aber um so wichtiger ist es, dass wir reagieren: Nicht nur mit einem Willkommen derer, die hier unter Einsatz ihres Lebens ankommen. Sondern auch damit, dass wir eine Welt bauen in der alle leben können – mit dem Recht zu gehen und zu bleiben wo sie leben wollen.

### Was ist also zu tun?

In der bundesweiten Kirchenasylbewegung, in der ich seit Jahren aktiv bin, ist uns in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, unsere Praxis, Menschen akut vor Abschiebungen zu schützen, muss auch über das caritative Engagement hinausgehen. Das bedeutet, dass es wichtig ist, dass Kirchengemeinden, die Kirchenasyl gewähren, dies natürlich in erster Li-

nie tun, um in einem konkreten Fall zu unterstützen mit der Errichtung eines Schutzraumes und zugleich ist diese Praxis immer auch schon eine widerständige Praxis gegen das Abschiebungsregime. Denn in jedem

Einzelfall, in dem ein Mensch vor einer inhumanen oder erniedrigenden Situation geschützt wird, steckt darin auch eine Anklage gegen die bürokratische Abwicklung dieses Eingriffes in die Selbstbestimmung einer Person. Zudem ist das Ensemble aller Kirchenasyle auch ein sichtbares, wenn auch viel zu kleines, prophetisches Zeichen gegen die Normalität des autoritären Festungskapitalismus. Immerhin gibt es derzeit bundesweit 314 aktiven Kirchenasyle mit mindestens 508 Personen, davon sind etwa 112 Kinder. Aktuell befinden sich 151 Menschen in NRW in 118 Kirchenasyle, 222 Kirchenasyle wurden in den letzten 12 Monaten beendet, davon 98% erfolgreich mit einer weiteren Perspektive für die Betroffenen.

Zugleich stehen im Moment über 150 Personen in NRW auf unserer Liste, die akut nach einem Kirchenasyl suchen und von Abschiebung bedroht sind angesichts der hohen Abschiebungszahlen (<https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/weil-abschiebung-droht-nachfrage-nach-asyl-in-kirchen-> steigt

stark-373978). Es braucht also dringend mehr Kirchengemeinden, die Kirchenasyl gewähren!

Was wir mit dem Kirchenasyl also dringend auch hinbekommen müssen, ist eine lautere Kritik an dieser Abschiebungspraxis. Die politisch erzeugten und von der EU gewollten Situationen organisierter Entrechtung und Inhumanität in den Dublin-Staaten – die Kirchenasyle so nötig machen – muss deutlicher delegitimiert werden in der Öffentlichkeit.

Es wird aus meiner Sicht in Zukunft stärker darauf ankommen, europaweite Strategien zu entwickeln, um das Grenzregime zu unterlaufen und subversive Formen zu entwickeln, damit Menschen zu ihrem Recht kommen. An vielen Stellen findet das statt: durch die Arbeit des Alarmphones im Mittelmeer und der Sahara, durch Fluchthilfe auf der Balkanroute, durch das Bürger\*innenasyl auch hier in Münster. Diese Praxen der Subversion des festungskapitalistischen Grenzregime müssen kreativ ausgeweitet und miteinander in ein Verhältnis gebracht werden, um als eine gemeinsame Praxis sichtbarer zu werden. Das ist natürlich auch unter Flüchtlings- Solidarischen Menschen nicht automatisch verbreitete Meinung, der alle zustimmen. Der Akt des Unterlaufens des

Grenzregimes (z.B. bei der von NGOs organisierten Seenotrettung) wird eben meist als humanitärer Akt beschrieben – das Subversive ist nicht Konsens. Um diesen Punkt müssen wir glaube ich auch streiten. Denn die Rechten verstehen diesen subversiven Aspekt schon lange und greifen ihn diskursiv erfolgreich an.

Die vernetzte Subversion anzugehen findet natürlich aus einer Situation der Schwäche und der derzeitigen politischen Defensive heraus statt. Aber gerade angesichts der Tatsache, dass im Moment nicht absehbar ist, dass wir in eine politische Offensive kommen können, erscheint es mir um so wichtiger, die Lücken zu finden – in der Hoffnung das aus einem kleinen Spalt durchlässige Risse in der Festung entstehen, die auch das Gesamte unserer traurigen Verhältnisse ins Wackeln bringen.

Lasst uns außerdem ernst nehmen, was immer wieder von organisierten Geflüchteten hören: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zer-

stört!“ Auch in der Zuspitzung teile ich diese unbequeme Perspektive derjenigen, die in den globalen neokolonialen Bedingungen ihr Dasein fristen müssen:

„Wir kommen zu euch und nehmen uns, was uns gehört!“

Wir kommen schließlich in einer globalisierten Welt, in der es kein ihr Äußeres mehr gibt, dahin, Antirassismus und Solidarität mit den Menschen auf der Flucht als Kampf ums Ganze voranzutreiben, statt nur ihn nur als appellative Menschenrechts- und Anerkennungskampf zu führen. Rosa Luxemburgs Überzeugung „Sozialismus oder Barbarei“ ist eben nach wie vor aktuell. Es kann keine Lösung für die vielen Katastrophen innerhalb des Bestehenden geben. Wir müssen angesichts der Dramatik der Krisen zu der zentralsten Frage der Menschheit zurückkommen:

**Wie wollen wir  
global zusammen leben?**

### Literaturgrundlagen dieses Beitrags:

Georgi, Fabian (2019): Towards Fortress Capitalism. The Restrictive Transformation of Migration and Border Regimes as a Reaction to the Capitalist Multi-Crisis. In: Canadian Review of Sociology Vol. 56(4), 556-579.

Braun, Katherine / Georgi, Fabian / Matthies, Robert / Pagano, Simona / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria (2018): Umkämpfte Wissensproduktionen der Migration. Editorial. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung Vol. 4(1), 9-27. Bielefeld

Fiedler, Mathias / Georgi, Fabian / Hielscher, Lee / Ratfisch, Philipp / Riedner, Lisa / Schwab, Veit / Sontowski, Simon (2017): Umkämpfte Bewegungen nach und durch Europa Zur Einleitung. In: Dies. (Hg.) Umkämpfte Bewegungen nach und durch Europa . movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. Vol. 3(1). Bielefeld

Georgi, Fabian: Widersprüche im Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse, in Prokla, Heft 183, 46. Jg. 2016, Nr. 2, 183-203

Georgi, Fabian / John Kannankulam): Kräfteverhältnisse in der Eurokrise. Konfliktodynamiken im bundesdeutschen ›Block an der Macht‹, in: Prokla, Heft 180, 45. Jg. 2015, Nr. 3, 349-369